

18.22

Abgeordneter Leopold Steinbichler (STRONACH): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzter Herr Minister! Kolleginnen und Kollegen! Zuseher auf der Besuchergalerie und vor den Fernsehgeräten!

Betreffend Bundesfinanzrahmengesetz, das zurzeit diskutiert wird, wissen wir, dass es sich eigentlich um eine Absichtserklärung für die nächsten vier Jahre handelt, weil es nicht gehandhabt werden muss. Bei wesentlichen Änderungen kann man natürlich jederzeit, Herr Minister, die Zahlen ändern. Und deshalb habe ich das dann auch ganz laut gesagt. Mir hat ja gefallen, dass du auch sofort auf meinen Einwurf mit dem Geständnis reagiert hast, etwas dünnhäutig (*Bundesminister Schelling: Na ja!*), aber ich werde dann beweisen, dass Ansätze drinnen sind, die es gar nicht ermöglichen, wie du gesagt hast, dass hier sogar bis 2060 geplant wurde. Ich wäre glücklich, wenn wir das Jahr 2020 auf einem planbaren Fundament hätten.

Der wesentliche Ansatz oder die Entwicklung, wenn wir das positiv nennen wollen, ist ja der optimale Zinssatz, weil wir statt diesen 6,8 Milliarden € Zinsen tatsächlich 4 Milliarden € Zinsen zu bezahlen haben. Die 800 Millionen €, die sich durch die günstigere Gestaltung bei den Pensionsleistungen einsparen haben lassen, kommen da ebenfalls positiv zum Tragen.

Die heutige „Presse“ – ich darf zitieren – titelt mit „Finanzierung des Stillstands und der Bedürfnisse verschiedener Klientelgruppen“. Es gibt schon wesentliche Leute in diesem Land, die diese ganze Entwicklung und Planung nicht so positiv sehen und darstellen wollen, wie die Regierung es zu tun versucht. Ich will es hier gar nicht kommentieren, wenn jemand seine eigene Arbeit so kritisiert. Kollege Loacker hat ja gerade gefragt: Wer war denn die letzten Jahrzehnte am Ruder, bitte sehr? – Das ist ja das Großartigste. Und deshalb habe ich gesagt, das Wort „Geständnis“ passt schon, denn so habe ich es gesehen. Ich glaube, das ist auch ganz fair, wenn man die Fakten zitiert und diskutiert.

Aber das Wesentliche, was die „Presse“ heute schreibt, ist, es wird viel zu wenig in Bildung, in Forschung, in die Schulen, in die Unis investiert. Ein Beispiel: Kollege Vogl hat gesagt, 4 000 neue Jobs in der Verwaltung. – Das ist ja genau der falsche Weg! Anstatt dort bei Doppelgleisigkeiten einzusparen, anstatt Umbesetzungen vorzunehmen, die Leute qualifizierter einzusetzen, wieder neue Planstellen zu schaffen – das verstehe ich überhaupt nicht, dass hier die Zustimmung der Wirtschaftspartei ÖVP kommt, die immer von der Attraktivierung des Wirtschaftsstandortes Österreich redet, und dann solchen Maßnahmen zustimmt.

Ebenso gehen mehr Mittel in die Arbeitsmarktverwaltung. – Das heißt, mehr Mittel in die Verwaltung der Arbeitslosen. Ich glaube, das ist genau der verkehrte Weg. Das Geld müsste in die KMUs für neue Arbeitsplätze, in die regionalen Unternehmen, in die Familien fließen.

Ein weiteres Beispiel – ich habe es am Vormittag schon genannt; das trifft aber den Kollegen Landwirtschaftsminister –: Durch die letzte Kürzung bei der Dieselrückvergütung beziehungsweise bei der Mutterkuhprämie fehlen im ländlichen Raum 100 Millionen €. Diese 100 Millionen € fehlen nicht den Bauern direkt, sondern indirekt der Landmaschinenindustrie und der ganzen Futtermittelindustrie. Da fehlt das Geld vor Ort. Das ist das Geld, das wirksam wird, das die Konzerne wegpacken.

(Beifall beim Team Stronach.)

Zu den Ansätzen, zu den Planungsansätzen – deshalb vorhin mein Zwischenruf –: Ja wenn man die Flüchtlingsthematik mit 1,7 Milliarden € nur bis 2017 budgetiert, dann weiß ich nicht, wer hier so positiv denkt und sagt, nach 2018 haben wir diesen Budgetansatz nicht mehr. Oder zum Beispiel diese bereits zitierten 550 Millionen €, die bei den Lehrerbudgets fehlen und unbedeckt sind und dann wahrscheinlich ins Nachtragsbudget einfließen und versteckt werden.

Ganz entscheidend – ich habe es heute schon einmal gesagt – ist: Das Problem dieser Regierung ist, dass die angekündigten Reformen nie stattfinden, und zwar das Zusammenlegen der Sozialversicherungsträger, der Abbau dieser übertriebenen Bürokratie. Und deshalb diese Tafel *(auf eine vor ihm auf dem Rednerpult platzierte Tafelweisend, auf der Bayern mit Oberösterreich verglichen wird)*:

Es gibt einen Unterschied zu Deutschland durch diese Schröder-Maßnahmen, die damals wirklich zeitgerecht mit der „Agenda 2010“ ergriffen wurden und jetzt Früchte tragen.

Oder der Vergleich Oberösterreich – Bayern: Bayern siebenfache Fläche, neunfache Einwohnerzahl von Oberösterreich, aber statt 15 Bezirke nur sieben Bezirke und statt 56 Landtagsabgeordnete 153. *(Abg. Belakowitsch-Jenewein: Da steht 187!)* Das sind Fakten. Da brauchen wir nichts dazusagen. Das spricht für sich.

Abschließend: Zur McKinsey-Studie, die unlängst präsentiert wurde, die die großartigen Chancen Österreichs zeigt, wenn diese Reformen seitens der Wirtschaft umgesetzt werden, unterstützt von der Politik, ist zu sagen: Dann können wir dieses Österreich in den Mittelpunkt stellen. Dann kann dieses Österreich wirklich das oft zitierte Musterland für Europa, vielleicht sogar für die ganze Welt werden, wenn wieder

Ethik und Moral in den Mittelpunkt gestellt und die Handels- und Wirtschaftskreisläufe regionalisiert anstatt ausgelagert werden. – Danke. *(Beifall beim Team Stronach.)*

18.28

Präsident Karlheinz Kopf: Nun hat sich Herr Bundesminister Dr. Schelling noch einmal zu Wort gemeldet. – Bitte, Herr Bundesminister.